Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oyl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 111 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Freitag, den 14. Mai | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Flaggenverordnung zurückgestellt.

Eine Einheitsflagge.

Pläne zur gesetzlichen Einführung.

Die Erregung, die ob der Flaggenverordnung der Reichsregierung entstanden ist und die zu einer Regierungskrisis zu führen drohte, veranlaßte das Kabinett, sich noch einmal eingehend mit der Angelegenheit zu beschäftigen. In einer Nachtsitzung, die erst in den Morgenstunden des Dienstags zu Ende ging, einigten die Minister sich dahin, der Anregung auf Zurückstellung der Verordnung entgegenzukommen. Die Verordnung selbst soll in Kraft bleiben, auf dem Wege der Dienstanweisung werden aber die auswärtigen Vertretungen in europäischen Hafenstädten und überseeischen Ländern benachrichtigt werden, daß die Durchführung der Flaggenverordnung vorläufig bis zum 1. August zu unterbleiben hat. In der Zwischenzeit soll versucht werden, im Einvernehmen der Regierung mit den Parteien eine Einheitsflagge auf verfassungsmäßigem Wege zu schaffen und dann allgemein einzuführen. Falls man bis zum 1. August mit diesem Plane nicht fertig wird, plant man, den Termin weiter hinauszuschieben. Der Reichspräsident hat dem Vernehmen nach diesem Ausweg aus der gegenwärtigen schwierigen Situation zugestimmt.

Der Reichskanzler bestätigte in seiner am Nachmittag im Reichstage gehaltenen Rede die einigermaßen überraschend gekommene Kunde. Die Demokratische Partei hat sich bereit erklärt, an Verhandlungen über die Einheitsflagge teilzunehmen. Die Demokraten haben vom Reichskanzler die schleunige Einleitung solcher Verhandlungen verlangt. Die Sozialdemokratie kündigte dagegen an, daß ein solches Kompromiß für sie unannehmbar sei und sie bei ihrem Mißtrauensantrag gegen Dr. Luther beharren müsse.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hatte schon vorher einen Beschluß bekanntgegeben, daß sie im Falle des Sturzes der Regierung Luther bereit sei, sich an den Verhandlungen zur Regierungsneubildung zu beteiligen.

Reichskanzler Dr. Luther hatte Dienstag vormittag eine längere Unterredung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Reichskanzler bestätigte in seiner Rede die Verschiebung der Flaggenverordnung mit den Worten, daß sie zwar in Kraft bleibe, zu ihrer einheitlich beginnenden Durchführung aber eine gewisse Zeit erforderlich sei. Im Reichstage haben inzwischen die Völkischen einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht, da sie in der Verordnung ein zu starkes Entgegenkommen gegen Schwarz-Rot-Gold erblicken.

*

Der Kampf im Reichstag.

Über den im hellen Lichte der Frühlingssonne glitzernden Kuppeln des Reichstagsgebäudes flatterten am Dienstag die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben — drinnen im Saale tobte der Kampf mit dem Schlachtruf: Hie Schwarz-Weiß-Rot, hie Schwarz-Rot-Gold. Es war schwer für den Ankömmling, sich durch einen der Eingänge des Reichstagsgebäudes durchzuwinden, starke Menschenansammlungen bekundeten das Interesse der Bevölkerung für die Verhandlungen. Vor den Türen standen erhebliche Aufgebote von Schupoleuten, die die Andrängenden in gebührende Entfernung zurückwiesen, und strenge, an gewöhnlichen Tagen unbekannte Ausweiskontrolle wurde geübt, um Unberufene fernzuhalten. Die Tribünen im Saale waren dennoch dicht gefüllt, die Loge der auswärtigen Diplomaten zeigte kaum einen unbesetzten Platz, auf der Ministerbank sah man Reichskanzler Dr. Luther an der Spitze sämtlicher Reichsminister. Ihre Stäbe und sonstigen Gehilfen in der Regierung standen in Kompagniestärke hinter ihnen, im Parterre hatten die Vertreter des Volkes fast vollzählig ihre Sitze eingenommen. Niemand brauchte die gespannten Nerven durch langes Harren weiter zu quälen — unmittelbar nach der Eröffnung der Sitzung begann der Diplomat der Sozialdemokraten, der Abgeordnete Breitscheid, seinen Vorstoß gegen die Reichsregierung, der sich mit der bei diesem Redner gewohnten vorsichtigen Form, aber doch in aller Schärfe gegen den Kanzler richtete. Er erklärte ihn für unzulänglich, sein hohes Amt länger zu verwalten. Aber nicht minder bestimmt trat ihm der Reichskanzler sofort entgegen, wobei es große Heiterkeit und Händeklatschen auf der Rechten auslöste, als er Schreiben des früheren sozialdemokratischen Innenministers Sollmann und des ehemaligen demokratischen Eisenbahnministers Oeser aus ihrer Amtszeit verlas, in denen die damaligen Minister Ansichten vertraten, die sich genau mit der umstrittenen jetzigen Flaggenverordnung decken.

Daß zwischendurch sowohl bei den Reden Breitscheids wie Dr. Luthers Stürme bald von Beifall, bald von Widerspruch, bald von links, bald von rechts sich erhoben, daß sich die Abgeordneten in Zurufen und gegenseitigen Liebenswürdigkeiten nach Art der homerischen Helden ergingen, ist selbstverständlich. Der Reichskanzler verkündete mit einigen Einschränkungen den schon bekannten Entschluß der Regierung, den Streit zu vertagen, sagte, die Verordnung bleibe einstweilen in Kraft und werde nur aufgehoben, wenn die geplante endgültige Lösung gefunden ist. Er schloß mit einer Mahnung zur größeren Einigkeit im deutschen Volke.

Nun war eigentlich Schluß vorgesehen gewesen, aber der Zentrumsabgeordnete v. Guerard trat vor und beantragte Unterbrechung der Beratungen nur für eine Stunde, damit die Fraktionen sich über die Regierungserklärungen beraten könnten. Da sich Zentrum, Deutschnationale, Demokraten und Sozialdemokraten für diesen Antrag erhoben, kam der kommunistische Antrag auf sofortige Fortsetzung der Debatte nicht in Betracht. Die Abgeordneten verteilten sich in ihre Fraktionszimmer, die übrigen in Wandelgänge, Arbeitszimmer und Erfrischungsräume.

*

Sitzungsbericht.

(199. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Mai.

Das lebhafte Interesse des Publikums an der heutigen Sitzung, in der die Flaggeninterpellation auf der Tagesordnung steht, zeigte sich in einem starken Besuch der Tribünen. Auch draußen vor dem Reichstagsgebäude hatten sich viele Menschen angesammelt, die von Schupoleuten in respektvoller Entfernung gehalten wurden.

Der Sitzungssaal füllte sich nur langsam. Präsident Löbe beglückwünschte bei Eröffnung der Sitzung den Abg. Dietrich (Dtn.) zum 70. Geburtstage. Auf dem Platze des Abgeordneten lag ein prächtiger Rosenstrauß.

Die Rede Breitscheids.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) begründete dann die sozialdemokratische Interpellation, die sich gegen die Flaggenverordnung vom 6. Mai wendet. Diese Interpellation, so betonte der Redner, sei nicht gegenstandslos geworden durch die neue Vereinbarung des Reichskanzlers mit den Regierungsparteien, daß der Flaggenerlaß zwar nicht zurückgenommen, aber praktisch bis zum 1. August nicht in Kraft gesetzt werde. (Lebhaftes „Hört, hört!" rechts.) Die Sozialdemokraten stellten mit Genugtuung den Rückzug des Reichskanzlers fest und würden vielleicht auch dem fliehenden Gegner goldene Brücken bauen, aber schließlich bestehe doch die Verordnung noch zu Recht. Es sei nicht recht einzusehen, wie das angekündigte Flaggengesetz zustande kommen solle, da es doch die zur Verfassungsänderung erforderliche Mehrheit brauche. Artikel 3 der Verfassung, der Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben festgelegt hätte, müsse bei Annahme eines solchen Gesetzes doch geändert werden. Inhalt und Entstehungsgeschichte des Flaggenerlasses blieben also unverändert. Der Reichskanzler habe sich vor dem Erlaß nicht einmal mit den Regierungsparteien in Verbindung gesetzt, sondern nur mit den Auslandsdeutschen, d. h. mit ihren Honoratiorenklubs. Dadurch habe der Reichskanzler bewußt oder unbewußt dem Reichstage seine geringe Schätzung ausgedrückt. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Reichsfarben zu wehen hätten, wenn eine staatliche Vertretung des Reiches im Auslande flagge. Der Verfassung zuwider hätte freilich schon bisher der deutsche Gesandte in Stockholm, von Rosenberg, vor Erlaß der Flaggenverordnung die Handelsflagge neben die Reichsfalgge gesetzt. (Reichsaußenminister Dr. Stresemann rief dazwischen: „Die Gesandtschaft liegt am Hafen, den Schiffen dicht gegenüber.") Es sei, so führte der Redner weiter aus,

eine höchst gefährliche Deklaration des Außenministers.

Auch von Gesandtschaften in der Nähe von Schiffen müßten die verfassungsmäßigen Reichsfarben wehen. Wie müßte es im Auslande wirken, wenn sich die Deutschen dort unter zwei verschiedenen Fahnen versammelten? Der Reichskanzler habe zunächst erklärt, der Flaggenerlaß hätte gar keine politische Bedeutung. Damit im Widerspruch stehe aber seine spätere Erklärung, daß der Erlaß sich nicht gegen Schwarz-Rot-Gold, sondern eigentlich gegen Schwarz-Weiß-Rot richte. Entweder hat der Reichskanzler den Freunden von Schwarz-Weiß-Rot entgegenkommen wollen, dann müßten die Sozialdemokraten ihm Mißtrauen entgegenbringen; oder er hat die politische Wirkung seines Schrittes nicht erkannt, dann mangele ihm die politische Potenz, die der Leiter der Staatsgeschäfte haben müßte. Der Reichskanzler, so sagte schließlich der Abgeordnete, betone gern, daß er keinen parteipolitischen Standpunkt einnehme. Auf die Dauer käme man damit nicht aus. Der Reichskanzler nimmt in der Politik die Stelle ein, wie in der Presse der Typ gewisser Generalanzeiger. Am Kopf steht „Unparteiisch" und in den Spalten wird deutschnationale Politik gemacht. Unser Mißtrauensvotum wird wahrscheinlich abgelehnt werden, aber der Reichskanzler soll sich darüber nicht täuschen: auf die Dauer könne man von abgelehnten Mißtrauensvoten nicht leben. Es könne der Moment kommen, wo wir unsere politischen Rücksichten zurückstellen, um diesen Kanzler zu stürzen. Im Gegensatz zu der Resignation der Regierungsparteien halten wir fest an dem Symbol des Reiches. Pulver ist schwarz, Blut ist rot, Golden flackert die Flamme." (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Dr. Luther

weist in seiner Antwort zunächst die Behauptung des Vorredners zurück, daß der Flaggenerlaß und seine Entstehungsgeschichte mit der Verfassung nicht im Einklang ständen. Die Flaggenverordnung von 1921, die viel weiter ging, sei auch nicht als Verfassungsverletzung betrachtet und sei auch nicht vorher dem Reichsrat und Reichstag vorgelegt worden. Was jetzt durch den Flaggenerlaß verordnet wird, das haben auf Anfrage des Deutschen Museums in München die früheren Innenminister Sollmann und Oeser ausdrücklich für zulässig erklärt. — Der Reichskanzler verliest unter stürmischem Gelächter und Händeklatschen der Rechten diese Schreiben der früheren Innenminister, die der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion angehörten. — Er fährt dann fort: Nicht der bedauerliche Flaggenstreit im Inland hat uns zu unserer Verordnung veranlaßt, sondern die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Vertretung deutscher Interessen im Ausland aus dem jetzigen Zustand ergeben. Im Ausland hat das Symbol der Flagge eine sehr praktische Bedeutung für die politische und wirtschaftliche Geltung Deutschlands. Da hat es immer sehr geschadet, daß die offizielle deutsche Vertretung schwarz-rot-gold flaggte, während die Mitglieder der deutschen Kolonie schwarz-weiß-rot flaggten. In manchen Ländern ist das Aushängen nicht offizieller Flaggen verboten. Da war es den meisten Deutschen überhaupt unmöglich, die deutsche Flagge zu zeigen. (Laute Zurufe und Unruhe links.) Die deutschen Gesandtschaften haben den größten Teil ihrer wertvollen Zeit auf die Schilderung dieser Schwierigkeiten verwenden müssen. (Stürmische Zurufe links: „Dann rufen Sie sie zur Ordnung! — Sie blamieren ja Stresemanns Leute!") Die Flagge, die für die Auslandsdeutschen das Deutsche Reich repräsentiert, ist die Handelsflagge, die ihnen von den deutschen Schiffen entgegenweht. Diese Flagge ist auch ausdrücklich in der Reichsverfassung zugelassen. Jetzt flaggen die Auslandsdeutschen meist noch schwarz-weiß-rot und setzen sich damit in Gegensatz zu der offiziellen deutschen Vertretung. Mit der neuen Verordnung wollte die Reichsregierung erreichen, daß an deren Stelle die in der Reichsverfassung angegebene Handelsflagge tritt. Die Verordnung schaffe dadurch im Auslande derjenigen Flagge weitere Verbreitung, die augenblicklich in der Reichsverfassung vorgesehen sei. (Stürmische Zurufe links: „Augenblicklich, sagt er!") Gerade die Sozialdemokraten wollten doch die Verfassungsbestimmungen über die Handelsflagge wieder aufheben. In der Verordnung werde die schwarz-rot-goldene Gösch auch denjenigen Flaggen zugefügt, in denen sie bisher fehlte. Der verstorbene Reichspräsident Ebert habe mit ihm als Reichskanzler wiederholt über den bedauerlichen Zwiespalt in der Flaggenfrage gesprochen und ihn auch um Vorschläge für einen Ausweg aufgefordert. Dabei hätte er durchaus einer Lösung zugestimmt, wie sie etwa der jetzige Flaggenerlaß bringe. (Hört, hört!" rechts.) Im Auslande sei jeder Deutsche mehr oder weniger ein Vertreter des Deutschtums überhaupt. Wenn man diesem durch den neuen Erlaß die Möglichkeit gebe, sein Deutschtum einheitlich mit der offiziellen Vertretung durch das Flaggensymbol zu bekunden, so diene das der

friedlichen Entfaltung der deutschen Wirtschafts- und Handelskräfte.

Insofern sei die Flaggenverordnung durchaus ein Glied in der Kette des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands. (Gelächter links.) Von einem Angriff auf die Verfassung könne dabei nicht die Rede sein. (Widerspruch links.) Es sei nicht wahr, daß über den russischen Vertrag andere Stellen früher informiert gewesen wären als der Reichstag. Es liege ihm überhaupt ganz fern, den Einfluß des Parlaments verdrängen zu wollen. Es gäbe gar keine andere Form, in der heute

die Mitarbeit des Volkes an den staatlichen Geschicken gewährleistet

werden könne, als die des Parlamentarismus. Dazu müsse aber ein gewisses Vertrauen zur Regierung vorhanden sein. Wäre dieses Vertrauen vorhanden gewesen, dann wäre die ganze Volksbewegung aus diesem Anlaß nicht entstanden. (Lebhafte Zurufe rechts: „Koch-Weser ist schuld!") Der Reichskanzler verlas darauf den Brief des Reichspräsidenten und erklärte, daß die Regierung auch dafür die volle Verantwortung übernehme.

Die Verordnung sei in Kraft und bleibe in Kraft.

(Lebhaftes „Hört, hört!" links.) Die Durchführung kann zweckmäßigerweise aber nur so erfolgen, daß die Verordnung auf der ganzen Erde überall gleichmäßig durchgeführt werde. (Lebhaftes Gelächter bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.) Darüber werde ein längerer Zeitpunkt vergehen, denn die Verordnung müsse ausführlich erläutert werden. Man könne die Ausführungen nicht dem Zufall des Eintreffens der Briefe überlassen. (Gelächter und Lärm bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.) Präsident Löbe ersucht um Ruhe. (Rufe bei den Kommunisten: „Er verulkt uns ja!") Die Regierung, so schloß der Kanzler, würde die gesetzgeberische Arbeit für eine einheitliche Lösung der Frage sofort in Angriff nehmen und hoffe dabei auf die Unterstützung des Reichstages. Wenn diese Vereinheitlichung gelungen sei, dann sei damit selbstverständlich die Flaggenverordnung durch die allgemeine Regelung absorbiert. Die Regierung hoffe mit Unterstützung des Reichstages auf eine gedeihliche Lösung der Frage im Zeichen des Briefes des Reichspräsidenten von Hindenburg. (Die Rede wurde von den Sozialdemokraten und den Kommunisten mit Zischen aufgenommen.)

Dann wurde auf Antrag des Abg. v. Guérard (Ztr.) die Sitzung um eine Stunde vertagt, damit die Parteien Gelegenheit hätten, sich mit dem Inhalt der Kanzlerrede zu beschäftigen.

Nach der Beratungspause.

Nach der Pause nahm als erster der Abg. Graf Westarp (Dtn.) das Wort. Er erklärte, die Haltung seiner Fraktion sei abhängig von der Beantwortung der Frage, ob die Reichsregierung entschlossen sei, ohne Rücksicht auf die Forderungen der Regierungsparteien und ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, die Flaggenverordnung unverzüglich durchzuführen.

Abg. Giesberts (Ztr.) sagte, die Kanzlerrede hätte den Eindruck nicht verwischen können, daß die Flaggenverordnung und die Art, wie sie veröffentlicht worden sei, im ganzen Volke in Deutschland und im Auslande eine ungeheure Überraschung erregt habe. Das politische Fingerspitzengefühl hätte dem Reichskanzler sagen müssen, daß elektrische Funken stieben, wenn man so empfindliche Dinge anrühre. Die Begründung mit den Wünschen des Auslandsdeutschtums könne das Zentrum nicht befriedigen.

*

Vermittlungsantrag des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat zur Flaggenfrage folgenden Antrag eingebracht: Das Verhalten der Reichsregierung in der Flaggenfrage entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages. Angesichts des in der Erklärung des Herrn Reichspräsidenten betonten Festhaltens an den verfassungsmäßigen Farben und der von ihm ausgesprochenen Absicht, die Flaggenfrage einer endgültigen ausgleichenden Regelung zuzuführen, beschließt der Reichstag die baldige Einsetzung eines Ausschusses zum Zweck einer Lösung, welche dem Frieden dient und und eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Farben ausschließt.

Abg. Giesberts (fortfahrend): Eine Lösung der Flaggenfrage halte auch das Zentrum für notwendig, aber der jetzige Zeitpunkt sei dazu höchst ungeeignet. Andererseits aber könne man es nicht verantworten, in diesem kritischen Augenblick eine neue Regierungskrise aus Anlaß der Flaggenverordnung entstehen zu lassen. Das Zentrum werde deshalb dem Mißtrauensvotum nicht zustimmen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett hat den Beschluß gefaßt, die Ausführung der neuen Flaggenverordnung bis zum 1. August dieses Jahres zu vertagen. Es soll versucht werden, bis dahin auf verfassungsmäßigem Wege eine Einheitsflagge für das Deutsche Reich zu schaffen.

* Nach Mitteilung des Reichsfinanzministers ist für das Etatsjahr 1925 mit einem Überschuß von 200 Millionen zu rechnen.

* In einem Breslauer Vorort wurde eine siebenköpfige Familie mit Gas vergiftet aufgefunden.

* Amundsen ist am Dienstag mit der „Norge" zum Polflug aufgestiegen.

Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu der Flaggenverordnung. Sie sei lediglich ein zweckmäßiges Mittel zur Behebung der vom Auslandsdeutschtum als ganz unerträglich empfundenen Zustände in der Flaggenfrage. Den Zentrumsantrag werde die Volkspartei ablehnen, weil er in seinem ersten Teile indirekt dem Reichskanzler das Mißtrauensvotum ausspricht und in seinem zweiten Teile einen Ausschuß verlangt, während die Initiative der Regierung überlassen werden sollte.

Abg. Stöcker (Komm.) meinte, der Reichskanzler sei zu Eiertänzen wie dem heutigen gezwungen, weil er sich auf die Demokraten und Sozialdemokraten stützen, aber die Politik des Bürgerblocks mit den Deutschnationalen treiben müsse.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Vgg.) gab namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, daß der jetzige Zeitpunkt für die Aufrollung der Flaggenfrage höchst ungeeignet sei.

Genfer Zwischenspiel.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Eigentlich hat sich nichts geändert seit jenen Tagen des März, da die Völkerbundversammlung in Genf ergebnislos auseinanderging, gegenüber jetzt, da die „Studienkommission" ihre Beratungen begonnen hat. Brasilien hat seinen Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat ebenso aufrechterhalten wie Polen seine Zulassung verlangt. Und die Rede, die ein Freund Polens, der französische Delegierte Paul Boncour, soeben in Genf gehalten hat, ist auch nicht gerade sehr geeignet, die Situation zu klären, die Schwierigkeiten zu beheben. Es dreht sich dabei nämlich nicht bloß um die Ratsitze, sondern auch um die vielleicht noch wichtigere Frage der Einstimmigkeit im Rat, mit der wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, so z. B. dann, wenn es sich um die Verhängung von Sanktionen gegen Friedensstörer handelt.

Was will man machen, wenn „trotz offenkundiger Tatsachen" von einem einzigen Ratmitglied die Feststellung des „Angriffs" verneint wird, fragt Boncour. Das zielt nämlich darauf ab, die bisher notwendige Einstimmigkeit zu beseitigen, besonders dann natürlich, wenn den französischen Vorschlägen entsprechend nicht bloß die ständigen, sondern auch die nichtständigen Ratsitze vermehrt werden sollten. Und wenn gar noch die „geographischen Verhältnisse gewisser Staaten" zu berücksichtigen sind, also offenbar an regionale Zusammenfassungen etwa kontinentaler Art gedacht wird! Dann wird es nicht lange dauern, bis dieser Völkerbundrat ein völlig unbehilfliches Instrument mit reinen Mehrheitsbeschlüssen wird, in dem Deutschland nur kärgliche Reste des Einflusses haben würde, den es im Völkerbundrat in seiner jetzigen Gestalt besitzen würde. Vielleicht ist aber gerade diese Verwässerung beabsichtigt. Und der schwedische Vertreter hatte ganz recht, wenn er darauf hinwies, daß durch eine derartige Vermehrung der Ratsitze das Ansehen des Völkerbundes nicht gerade steigen würde.

Mit der ganzen Rederei spielte Boncour natürlich auf den Berliner Vertrag der deutschen Regierung mit Sowjetrußland an — aber die Deutschen haben sie sich ruhig mit angehört. England ist nicht — vorläufig nicht — unbedingter Anhänger der französischen Pläne, namentlich der Vermehrung der ständigen Sitze. Was überhaupt nach diesen französischen Ankündigungen aus der berühmten Locarnoer Interpretation des Art. 16 der Völkerbundakte werden soll, läßt sich ebensowenig sagen; denn diese Interpretation schrieb ja doch jeder Macht das Recht selbständiger Urteilsfällung darüber zu, ob ein „flagranter Angriff" vorliege und daher die vom Rat zu beschließenden „Sanktionen" auch von ihr mitgemacht werden würden — das ist ja doch gerade der Kernpunkt der ganzen Interpretation, die von England, Frankreich und Italien dem Völkerbund in Form einer Note vorgelegt werden sollte.

Es ist also weit mehr als nur Äußerliches, was in Genf verhandelt wird. Es geht hier vielmehr um den Versuch auf französischer Seite, den Völkerbundrat ganz wesentlich umzugestalten — und wir müssen uns rechtzeitig darüber klar werden, wie sich die Machtverteilung in einem so abgeänderten Rat darstellen wird. Ob wir nicht die Konsequenzen daraus zu ziehen haben, daß diese Umgestaltung und Machtverschiebung genau in dem Augenblick und zu unseren außerordentlichen Ungunsten erfolgen soll, das Deutschland den Eintritt in den Bund zu vollziehen willens ist.

*

Eine Erklärung des deutschen Vertreters.

Im Prüfungsausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundrates gab Botschafter von Hoesch eine kurze Erklärung ab, in der er etwa ausführte: Die deutsche Regierung hat die Einladung des Völkerbundrates zur Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses unter gewissen Vorbehalten angenommen. Ich möchte die heutige Gelegenheit nicht benutzen, um auf Einzelheiten einzugehen, da Deutschland in seiner besonderen Stellung zur Beobachtung einer gewissen Reserve genötigt ist. Es ist selbstverständlich, daß ich angesichts dieser Zurückhaltung im Augenblick keine formellen Vorschläge mache. Ich behalte mir aber vor, wenn sich im Laufe der Verhandlungen bestimmte Vorschläge herauszukristallisieren beginnen, dazu Stellung zu nehmen. Aus dieser Zurückhaltung darf nicht der Schluß gezogen werden, daß Deutschland die Bedeutung der Arbeiten des Ausschusses unterschätzt. Deutschland ist im Gegenteil von der großen Bedeutung dieser Arbeiten für die Zukunft des Völkerbundes und für die Stellung Deutschlands im Völkerbund überzeugt. Ich gebe zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen, die Deutschland erlauben werden, seinen Eintritt in den Völkerbund ohne Schwierigkeiten zu vollziehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

200 Millionen Überschuß im Reichsetat.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eine Übersicht über das Etatjahr 1925. Er rechnet mit einem Überschuß von ungefähr 200 Millionen. Der Mehrertrag an Steuern und Zöllen gegenüber dem Voranschlag betrage etwa 62 Millionen. Ende Mai hofft der Minister den endgültigen Abschluß vorlegen zu können. An den Anleihemarkt werde das Ministerium mit Reichsanleihen erst dann herangehen, wenn ein Zinsstand erreicht sei, der dem Ansehen des Reichs und der Rücksicht auf die Steuerzahler entspräche.

Der Bericht des Reparationsagenten.

Der Generalagent für die Reparationen, Parker Gilbert, wies bei seinem letzten Bericht vor der Reparationskommission darauf hin, daß Deutschland bisher seine sämtlichen Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllt habe. Er betonte weiter, seine persönliche Fühlungnahme mit Beamten des Reiches und mit deutschen Wirtschaftsvertretern bestärke ihn in der Anschauung, daß Deutschland auch weiterhin seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Am Freitag dieser Woche wird er die Verhandlung des Beigeordnetenausschusses leiten, der sich mit der Frage der Flottmachung der Eisenbahnobligationen beschäftigen wird.

Die Not der deutschen Minderheiten.

In einer vaterländischen Kundgebung, die von der Bayerischen Volkspartei in München veranstaltet wurde, wurde die große Not des Auslandsdeutschtums, besonders in Böhmen und Südtirol, besprochen. Prälat Dr. Feierfeil sprach über den schweren Kampf der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung sei den dreieinhalb Millionen Deutschen in den Sudetenländern schmählich genommen worden. Es werde geradezu ein Vernichtungskampf gegen die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sprachlichen Rechte der Deutschen in der Tschechoslowakei geführt. — Eine ergreifende Schilderung der Deutschennot in Südtirol gab der Prior Pater Dietrich, der betonte, daß es nicht besser in Südtirol geworden sei, wenn man jetzt auch nicht mehr soviel davon höre. Deutscher Gottesdienst, deutsche Predigt und deutsches Beten in der Kirche sei verboten. Schlimm wirke sich der Entnationalisierungskampf auf dem Gebiete der Schule aus. Deutscher Unterricht werde mit Haft- und Geldstrafen unterdrückt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat den neuernannten portugiesischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Batalha de Freitas zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens sowie des Abberufungsschreibens des bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Veiga Simoes empfangen.

Berlin. Hier haben zwischen den zuständigen Vertretern Preußens und Hamburgs Verhandlungen über die Groß-Hamburg-Frage begonnen.

Berlin. Den Angehörigen der Wehrmacht ist der Besuch des Films „Panzerkreuzer Potemkin" wegen Gefährdung der Disziplin seit dem 15. April verboten.

Bukarest. Das Nationalfest der Erhebung Rumäniens zum Königreich wurde in ganz Rumänien feierlich begangen. In Bukarest wohnten die königliche Familie, das Diplomatische Korps, die Minister und 30 000 Personen dem Feste bei.

Washington. Im Rechtsausschuß des Senates wurde eine Vorlage Gillett angenommen, wonach der Verwalter des ehemaligen feindlichen Eigentums angewiesen werden soll, den Eigentümern die mit ihrem beschlagnahmten Eigentum verdienten Zinsen oder sonstigen Gewinne bis zum jährlichen Betrage von 10 000 Dollar zukommen zu lassen.

Tokio. Die Abberufungsorder des japanischen Botschafters in Berlin ist vollzogen worden.

Preußischer Landtag.

(167. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Mai.

Das Haus setzte die zweite Beratung des Kultusetats beim Abschnitt „Universitäten, technisches Unterrichtswesen und sonstige wissenschaftliche Anstalten und Zwecke" fort. Der Ausschuß schlägt vor, minderbemittelten Studierenden auf Antrag die Bibliotheksgebühren zu erlassen. Dem Nordischen Institut bei der Universität Greifswald sollen zur Begleichung von Schulden einmalig 800 Mark zugewendet werden, der Jahresetat soll auf 2500 Mark erhöht werden. Bei der Reform der Universitäten hat der Ausschuß der Wiederherstellung der Extraordinariate im Prinzip zugestimmt. Das jetzt bestehende zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen Lehrkräften und Studierenden soll, sobald die Finanzlage es erlaubt, beseitigt werden. Einmütig wird schließlich bessere Pflege des Arbeitsrechts an den Universitäten verlangt.

Die verschiedenen Redner bringen Einzelwünsche je nach ihrer Parteistellung vor. Im Verlaufe der Aussprache führt Ministerialdirektor Dr. Richter auf verschiedene Anfragen in der Debatte aus, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage es dem Kultusministerium möglich gewesen wäre, die Zahl der Assistentenstellen zu erhöhen und allein an der Berliner Universität im letzten Jahre drei neue Honorarprofessoren für das Wirtschaftsgebiet in weitestem Umfange einzustellen. Das Ministerium würde eine Kolleggeldererhöhung unter keinen Umständen befürworten und denke auch nicht daran, die Selbstverwaltung der Studentenschaft zu stören.

Nach Erledigung dieser Positionen wandte man sich dem Kapitel „Kunst" zu. Mit der Beratung verbunden ist die Besprechung der Anträge über die Not der Schriftsteller und der Musiker sowie eine Große Anfrage über die Erhaltung des Kölner Doms.

Hindenburg wieder in Berlin.

Der Rütlischwur des Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg ist von seinem Weimarer Besuch wieder in Berlin eingetroffen. Den Höhepunkt des Besuches bildete eine offizielle Veranstaltung im großen Saal des Schlosses, bei der Staatsminister Leutheußer den Reichspräsidenten begrüßte. Der Minister dankte Hindenburg für den Besuch und feierte ihn als Heerführer und Reichspräsidenten. Hindenburg dankte für die Begrüßung und sprach den Wunsch aus, daß dem Lande Thüringen eine glückliche Zukunft beschieden sein möge.

Vor dem Empfang hatte eine Festvorstellung im Nationaltheater stattgefunden, bei der unter anderem die Rütliszene aus Schillers „Wilhelm Tell" aufgeführt wurde. Nach Schluß der Darbietungen erhob sich der Reichspräsident und sprach die Verse: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr," worauf das Deutschlandlied gesungen wurde. Einer der Darsteller brachte darauf ein Hoch auf den Reichspräsidenten aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 14. Mai 1926.

☐ **Von der Mietzinssteuer.** Die wenigsten Mieter sind sich ganz darüber klar, ein wie erheblicher Teil ihrer Miete nicht etwa dem Hauswirt gehört, sondern als Mietzinssteuer abgeführt werden muß. Diese Steuer erschien erst-

Herzensstürme.

Roman von M. Hellmuth.

33 (Nachdruck verboten.)

„Sie wird sie erst vorbereiten," murmelte er dumpf. „Ueberhaupt keine leichte Aufgabe für sie," setzte er hinzu. „Gott, wer mir gesagt hätte, daß der Tag so enden könne!" brach es dann, wie in neuer Verzweiflung, über seine Lippen. „Wie froh fuhren wir dahin! Er hat mir mehrmals gesagt, er fühle sich so froh und leicht, wie lange nicht. — Dann der Besuch in Rosenfelde. Welch erfreuliches Interesse er zeigte an dem schönen Besitz! — Schier erquickt habe ich mich in den paar Stunden dort. — Das sind Menschen — bieder und wahrhaftig — treu und gut! Und diese Tante Minchen — eine Seele! Dazu die ganze Wirtschaft, das Herz im Leibe freut sich! — — Und dann auf der Rückfahrt, als auch er seine Bewunderung über alles ausspricht, wie hat er sich da gefreut, als ichs nun nicht auf dem Herzen behalten kann und ihm erzähle, daß dies alles einmal seinem Kinde gehören wird, wenn es nur will, — daß es dort geliebt, geehrt leben kann, herrschen wie eine Königin in ihrem kleinen Zauberreich. — Na, es war gut, daß ichs ihm sagte; denn nun weiß ich, daß es auch sein Wunsch, weiß, daß ihm dadurch in seiner letzten Lebensstunde eine wahre Herzensfreude bereitet wurde."

Die Stimme des Redenden brach — er schwieg. Vom Tisch her ertönte leises Weinen. „Wie kams nur?"

„Ja, wie kam es so schnell," wiederholte der Freiherr. „Er sagte noch: „O, diese schöne Aussicht — Du in Burgdorf — Lili in Rosenfelde und ich zwischen Euch!" Dann bemerkte er wohl meinen besorgten Blick nach dem Himmel, an dem auf einmal so verdächtige Wolken standen.

„Ob das Wetter bald heraufkommt?" fragt er. Ich sehe es ja heraufziehen, denke aber nicht, daß es so schnell zum Ausbruch kommen könnte. Als dann aber der Wind anhebt, lasse ich halten; wir wollen das Verdeck hochschlagen. Noch eben dabei — — ja — da fällt er auf einmal auf die Seite. Eine Ohnmacht — denke ich — ich hab' ihn im Arm. Weiter geht die Fahrt. — O Henriette," stöhnte der starke Mann auf — „eine Ohnmacht denke ich immer wieder — eine Ohnmacht! — als ich schon lange die Gewißheit habe, daß es keine bloße Ohnmacht ist. Nein, ich kanns nicht glauben, daß ich meinen treuesten Freund als Leiche nach Hause fahren soll."

Nun springt er auf und macht schwerfällig ein paar Schritte in dem Zimmer. Seine sonst so straffe Gestalt ist gebeugt.

„Furchtbar! — So schnell, so plötzlich! Aber, lieber Mann, wir müßten uns in dem Gedanken trösten, daß er schmerzlos hinübergegangen ist. Ein Herzschlag! — So ohne Kampf und Leiden, gerade in dem Augenblick, als er erfährt, wie schön sich die Zukunft seines Kindes gestalten wird; diese Zukunft, welche ihm schon so manche sorgenvolle Stunde bereitet hat. — Doch da ist endlich Mademoiselle!" unterbricht sie sich. — Mademoiselle ist langsam eingetreten und sinkt auf einen Stuhl nieder.

„Allein?" ruft ihr der Freiherr entgegen.

„Ich vermochte es nicht, ihr zu sagen — heute noch nicht — sie ist ja schon ganz verzweifelt." Und nun erzählte sie weiter, wie sie Lili gefunden und was sie erfahren. „Da brachte ich es nicht über mein Herz, ihr auch noch diesen furchtbaren Schlag zu versetzen," fuhr sie fort, während wieder Tränen über ihre Wangen rieselten. „Das arme Kind ist so erregt — noch dies — ich wagte es nicht. Vielleicht hat sie morgen der Schlaf etwas gestärkt. Gönnen wir ihr die paar Stunden der Ruhe."

„Es wird sie morgen ebenso schwer treffen," murmelte der Freiherr. „Aber was Sie da von Georg sagen, ist ja schrecklich; auch das noch für das arme Kind! — Ha — da dachten wir alles so gut einzurichten! Jetzt verstehe ich ihre Weigerung Wöller gegenüber — doch in dieser Sache werde ich auch mitsprechen. — Ich habe die Strenge des Pastors oft getadelt, habe den Sohn in Schutz genommen, jetzt erkenne ich, daß der Vater recht hatte; auch ich verurteile Georgs Verhalten dem Vater gegenüber und noch mehr seine Handlungsweise in dem Verhältnis zu Lili. Armes, armes Kind!"

„Doch laßt uns heute in der Nähe des Todes davon schweigen. — Komm, Henriette, gehe nach Hause — das Unwetter ist vorüber — und auch Sie, Fräulein, gehen zur Ruhe. Ihr werdet beide Eure Kräfte in den nächsten Tagen noch genugsam brauchen."

„Und Du?" fragte die Freifrau.

„Ich bleibe hier und halte Wache bei meinem Freunde."

Die beiden Frauen wollten Einspruch erheben, doch sahen sie bald ein, daß jedes Dagegenreden nutzlos sei, und verließen das Zimmer. Nun trat er langsam in das Schlafzimmer seines Freundes. Da lag er so still und regungslos auf dem Lager, zu dessen Häupten zwei Wachskerzen brannten. Friedrich saß in sich zusammengesunken zu Füßen des Lagers.

„Gehen Sie hinaus, Friedrich," sagte der Freiherr, „ich werde Sie ablösen."

„Ach, Herr Baron, lassen Sie mich doch hier bleiben bei meinem lieben Herrn! Er war ja immer so gut gegen mich all die langen Jahre. Jetzt bin ich alt geworden, was wird nun aus mir?" Der alte Mann weinte.

„Na, nun flennt er gar — das schickt sich ganz und gar nicht für einen alten Soldaten — und was aus ihm wird? Hat Er denn vergessen, daß Sein gütiger Herr einen Freund hat, der nun für ihn eintritt?"

Jetzt brach auch seine Stimme, von Rührung überwältigt. Stumm wies er die Dankesäußerungen des alten Dieners zurück und trat leise an das Lager. Behutsam hob er die weiße Decke von dem Angesicht, das mild verklärt in friedlicher Ruhe, wie schlafend auf dem Kissen ruhte. Lange schaute er auf ihn nieder, als halte er Zwiesprache mit dem stillgewordenen Freunde, dann deckte er die Hülle wieder über das Gesicht und setzte sich zu Häupten des Lagers.

Der treue Freund und der ergraute Diener — sie hielten Totenwache, während sein Kind ahnungslos von dem, was es verloren, schlummerte.

* * *

Ein heller, klarer Morgen war der stürmischen Nacht gefolgt. Die Sonne strahlte vom tiefblauen, wolkenlosen Himmel hernieder, und ihre goldenen Strahlen lugten auch in Lilis trautes Stübchen, als wollten sie fragen, ob hier wirklich in den dunklen Stunden des vergangenen Tages eine junge Menschenseele so schweres Leid durchkämpft habe.

So blaß war das zarte Kindergesicht, ein so schmerzlicher Zug lag um den süßen Mund, der nur zum Lächeln geschaffen schien, daß Mademoiselle Agathe, welche still an dem Bett des jungen Mädchens saß, ein heißes Weh in ihrem Herzen aufsteigen fühlte, wenn sie sich sagte, welch ein neues Leid dieser Tag ihrem Liebling bringen werde.

Sie hatte nicht zu schlafen vermocht, und in frühester Morgenstunde schon war sie hier eingetreten und saß nun in gramvolles Sinnen versenkt da. Endlich schlug Lili die Augen auf. Traumbefangen ruhten die großen, blauen Sterne auf der stillen Gestalt an ihrem Lager — ein Lächeln irrte um die halbgeöffneten Lippen. Dann schien auf einmal die Erinnerung zu kommen, und hastig richtete sie sich auf. „Aga, was machst Du hier? Sag', habe ich geträumt?"

Agathe senkte den Blick. Wozu ein Verschweigen? Es hatte ja keinen Nutzen.

Fortsetzung folgt.

der Fahrt angerufen. Das Aufzeichen der „Norge" ist: Ibt.

Byrd hat erklärt, daß er nach einigen Tagen der Erholung aufs neue zum Nordpol fliegen will. Die Flieger haben einige Male flache Stellen im Eise gesichtet, und zwar zwischen dem 87. und 89. Grad. Sie umkreisten die Stellen in geringer Höhe, da sie dort Land vermuteten. Es zeigte sich aber, daß sie es nur mit flachen Eisschollen zu tun hatten. Byrd hatte bei der Rückkehr nur noch für drei Stunden Benzin an Bord. Hätte er die leichteste Motorpanne gehabt, so wäre er rettungslos verloren gewesen, da es nicht möglich gewesen wäre, die Motoren während des Fluges zu reparieren.

Einsprüche im Femeausschuß.

Der Mord am Studenten Bauer.

Der Fememord-Untersuchungsausschuß des Reichstages hielt am Dienstag wieder eine Sitzung ab. Der Vorsitzende teilte den Eingang eines Schreibens des Vorsitzenden des „Werwolfs" mit, der sich in sehr energischen Ausdrücken gegen die Hineinbeziehung des „Werwolfs" in die Fememordangelegenheit verwahrt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berichterstattung über den Fall des Studenten Bauer. Vorher erhebt noch Abg. Dr. Schäffer (Dtn.) Einspruch gegen die Behauptung in der Denkschrift des badischen Innenministeriums, es seien jetzt noch in Baden militärische Verbände vorhanden. Auch Abg. Troßmann (Bayer. Vp.) erhebt Einspruch gegen die obige Behauptung der Denkschrift. Berichterstatter Abg. Schäffer (Dtn.) erstattet dann den Bericht über den Fall des Studenten Bauer, dessen Leiche am 27. März 1923 mit einem Steckschuß im Schädel am linken Isarufer angeschwemmt aufgefunden worden ist. Die Ärzte, welche die Sektion der Leiche vorgenommen haben, haben als Todesursache nicht den Steckschuß, sondern Ertrinken bezeichnet. Die Tat ist begangen in der Nacht zum 19. Februar. In dem Urteil des Gerichts wird gesagt, daß Notwehr des Zwengauer nicht vorgelegen habe, die Tat sei

aus Rache begangen

in Verärgerung über das persönliche Verhalten Bauers. Zwengauer habe die Tat mit Überlegung ausgeführt, er habe den durch den Kopfschuß Bewußtlosen in die Isar geworfen, um den Tod unbedingt herbeizuführen.

Der Berichterstatter wendet sich gegen die in der letzten Sitzung vom Berichterstatter Dr. Levi gezogene Schlußfolgerung, daß es sich hier nicht um die Tat eines einzelnen, sondern einer Gruppe des „Blücherbundes" handele, und legt dann folgenden Vorschlag eines Beweisantrages für den Ausschuß vor: 1. War der „Blücherbund" eine Femeorganisation? 2. Ist die Ermordung des Bauer anzusehen als ein Anschlag auf Menschenleben a) auf Grund des Spruches des „Blücherbundes", b) auf Grund der Verabredung einzelner Mitglieder des „Blücherbundes"? Er schlägt weiter die Vernehmung mehrerer Zeugen vor. Zunächst soll der Aufenthalt des Zwengauer ermittelt und seine Vernehmung vor dem Ausschuß herbeigeführt werden.

Der Ausschuß vertagte sich hierauf.

Spritweberprozeß.

Das „Privatkontobuch" und Peters' Zusammenkünfte mit Weber.

§ Berlin, 11. Mai.

Bei der Beschlagnahme der Weberschen Bücher fand man ein Buch vor, das mit dem schönen Namen „Nostrum" bezeichnet wurde. Es wurde festgestellt, daß Herr Peters in diesem Büchlein mit einigen nicht unerheblichen Beträgen verzeichnet war. Außer diesem Namen wies das Buch noch viele andere Namen von Zivil- und Amtspersonen auf. Die Behörde, der die Untersuchung des Falles Peters oblag, vermutete in den Eintragungen „Schmier"gelder und wollte einen Anhaltspunkt für die pflichtwidrigen Handlungen des Kriminalkommissars haben. Hermann Weber wollte die Sache nun so aufklären, daß das „Nostrum"-Buch nur für den internen Verkehr mit der Bank bestimmt sei. Alle Leute, die Hermann Weber als den großen Börsenmann ansahen und mit ihm spekulierten, seien in diesem Buch „be- und entlastet" worden. Abrechnungen hätten nie stattgefunden. Peters bekundete, nach Erlaß des Haftbefehls mit Weber drei- oder viermal in verschiedenen Wohnungen zusammengewesen zu sein. Weber habe ihm gesagt, er habe freies Geleit. Der Haftbefehl gegen ihn solle nicht durchgeführt werden. Der Angeklagte Beyer sagte aus, er sei mit Peters in der Wohnung eines Kaufmanns Lenz zusammengekommen, wo sie mit Weber zusammentrafen. Beyer will Peters auf das Unzulässige dieser Begegnung hingewiesen haben, die man als eine Begünstigung auslegen könnte.

Die Streiklage in England.

Zusammenbruch des Eisenbahnerstreiks.

Wenngleich offiziell noch immer abgeleugnet wird, daß Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Streikleitung in England geführt werden, so wird doch nicht in Abrede gestellt, daß Vermittlungsversuche von kirchlicher und liberaler Seite zur Beendigung des Streiks wiederholt erfolgt sind. Mit diesen Vermittlungsversuchen hat sich auch das englische Kabinett in verschiedenen Sitzungen beschäftigt, ohne daß sie indessen bisher einen praktischen Erfolg aufzuweisen haben. Man rechnet allerdings damit, daß der Abbruch des Streiks ebenso überraschend kommen wird wie sein Ausbruch. Der Regierung ist es gelungen, den Eisenbahnverkehr während des bisherigen Streiks ständig zu verstärken. Bereits jetzt verkehren, nachdem ein Fünftel der Eisenbahner die Arbeit wiederaufgenommen hat, 4000 Züge täglich. Dagegen ruht in den anderen bisher bestreikten Betrieben die Arbeit noch immer. Den Streikenden gehen weiterhin Geldunterstützungen und Sympathiekundgebungen zu.

Kleine Nachrichten.

Preußen und die Hochwasserschäden.

Berlin. Der preußische Minister des Innern hat auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei u. a. geantwortet: Die Notlage der Hochwassergeschädigten ist dadurch fühlbar gemildert worden, daß aus Reichs- und Staatsmitteln 10 500 000 Mark bereitgestellt und verteilt worden sind. Eine Entschließung über die Höhe der weiter erforderlichen Staatsbeihilfen kann erst nach dem demnächst zu erwartenden Abschluß der endgültigen Schadensfeststellungen erfolgen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit in der 2. Aprilhälfte

Berlin. In der zweiten Hälfte des Monats April hat die Erwerbslosigkeit einen stärkeren Rückgang erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 559 000 auf 1 467 000, die der weiblichen von 323 000 auf 317 000, die Gesamtziffer von 1 882 000 auf 1 784 000, also um 5,2 % zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) hat sich von 1 975 000 auf 1 821 000 vermindert.

Das Urteil gegen Streicher rechtskräftig.

Leipzig. Der erste Strafsenat des Reichsgerichtes beschäftigte sich als Revisionsinstanz mit dem Prozeß gegen den völkischen Landtagsabgeordneten Hauptlehrer Julius Streicher. Vom Schwurgericht Nürnberg war Streicher am 16. Dezember 1925 nach vierwöchentlicher Verhandlung wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die von ihm als auch von dem Nebenkläger Dr. Luppe eingelegte Revision wurde nach längeren Beratungen vom ersten Strafsenat verworfen, so daß das Urteil damit rechtskräftig geworden ist.

Mord auf einem Bagger in Bremen.

Bremen. Auf einem in der Weser liegenden Bagger wurde der Maschinist Frische durch zwei Schüsse aus einem Jagdgewehr getötet. Der Täter, der auf einer Schute arbeitende Hermann Kruse, konnte von der Polizei sofort festgenommen werden. Er ist geständig, die Tat als Vergeltung für eine Beleidigung begangen zu haben, und bekennt zudem, am 20. April im Affekt den Steuermann Turik, der seinerzeit als verunglückt bestattet worden ist, getötet zu haben.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Jürgens-Prozeß voraussichtlich im Juni.** Die Voruntersuchung im Falle Jürgens soll bereits in allernächster Zeit, voraussichtlich in acht bis vierzehn Tagen, abgeschlossen werden. Die in Frage kommenden Zeugen, hauptsächlich Bekannte des Ehepaares und Geschäftsleute aus Stargard, sind vom Untersuchungsrichter eingehend vernommen worden. Es ist damit zu rechnen, daß die beiden Angeschuldigten in kurzer Zeit aus dem Lazarett des Untersuchungsgefängnisses in Moabit nach Stettin übergeführt werden. Die Hauptverhandlung in Stettin dürfte Ende Juni, spätestens aber in den ersten Tagen des Julis beginnen, da die Verhandlung noch vor den Gerichtsferien zu Ende gebracht werden soll.

§ **Der Lützow-Prozeß.** In der letzten Verhandlung gegen Dr. v. Lützow wurden vier Zeugen vernommen, darunter ein 1906 geborener Schüler, der nur anzugeben wußte, daß er von anderen Schülern gehört habe, daß allerlei Gerüchte im Landerziehungsheim im Umlauf waren über das Verhalten v. Lützows. Ein Hausmeister bekundete, daß er einmal durch das Schlüsselloch die Züchtigung eines Schülers beobachtet habe. In der nächsten Sitzung wird der Fall Matschke, einer der Hauptbelastungspunkte der Anklage, an die Reihe kommen.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 11. Mai.

* **Börsenbericht.** Die im Augenblick gänzlich unübersichtliche innerpolitische Situation bewirkte im Börsenverkehr die denkbar größte Zurückhaltung, auf einzelnen Märkten stockte das Geschäft fast völlig, im allgemeinen setzten sich die Kursrückgänge in geringem Umfange fort. Am Geldmarkt herrschte sehr reichliches Angebot, tägliches Geld war zu 4—5½ %, monatliches Geld zu 5½—6½ % erhältlich.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,37—20,42; holl. Gulden 168,64—169,06; Danz. 80,79 bis 80,99; franz. Frank 13,12—13,16; belg. 13,22—13,26; schweiz. 81,13—81,33; Italien 16,71—16,75; schwed. Krone 112,20—112,48; dän. 109,64—109,92; norweg. 90,76 bis 90,98; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,21 bis 59,35; poln. Zloty (nicht amtlich) 40,49—40,71.

* **Produktenbörse.** Der Getreidemarkt lag auf überseeische sehr ruhige Berichte hin leicht abgeschwächt; vielleicht trug dazu auch bei, daß das Interesse der Börsenbesucher durch die schwebenden Verhandlungen wegen des Beitritts oder des Nichtbeitritts der Getreidehändler zu der Getreidehandelsgesellschaft in Anspruch genommen war. Von Weizen ist manches aus den Provinzen auf prompte Abladung offeriert, aber wegen zu hoher Forderung nicht leicht verkäuflich. Lieferung stellte sich mehr für nahe als spätere Sichten matter. Roggen ist in direkten Offerten für Waggonware spärlich offeriert, während Kahnladungen und Bodenware mehr angeboten sind. Lieferung wenig in den Preisen verändert. Gerste ist still. Für Hafer ist die Tendenz fester, bei etwas mehr Konsumfrage und sehr mäßigem Angebot. Mehl ist zu gedrückten Preisen vom Konsum etwas mehr begehrt.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	11. 5.	10. 5.		11. 5.	10. 5.
Weiz., märk.	297-299	297-299	Weizkl.f.Brl.	11-11,2	11-11,2
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Brl.	11,8-12,0	11,8-12,0
Rogg., märk.	176-181	176-181	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	30-39	29-39
Braugerste	193-207	193-207	kl.Speiseerbs.	25-26	23-25
Futtergerste	172-185	172-185	Futtererbsen	20-25	20-23
Hafer, märk.	194-204	193-203	Peluschken	20-23	20-23
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	22-24	22-24
westpreuß.	—	—	Wicken	28-30	28-30
Weizenmehl p. 100 kg fr. Bln.br.inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.	36,7-39,5	36,7-39,5	Lupin., blaue	12,0-12,7	12-12,7
			Lupin., gelbe	14-15	14-15
			Seradella	36-40	36-40
			Rapskuchen	13,7-14,0	13,7-14,0
			Leinkuchen	18-18,5	18,0-18,5
Roggenmehl p. 100 kg fr. Berlin br. inkl. Sack	25-26,5	25-26,5	Trockenschtzl.	9,8-10,1	9,8-10,1
			Soya-Schrot	18,8-19,4	18,8-19,4
			Torfml.30/70	—	—
			Kartoffelflck.	15,6-16,0	15,6-16,0

* Heu- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) per 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1,15—1,70, desgl. Haferstroh 1,15—1,60, desgl. Gerstenstroh 1,25—1,55, desgl. Weizenstroh 1,25—1,60, Roggenlangstroh 1,60—1,95, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,25—1,65. Häcksel 1,75 bis 2,10, handelsübliches Heu 2,80—3,20, gutes Heu 3,40—3,90, Kleeheu 4—4,50.

Geschäftliches.

Das Getränk der Millionen.

Auf dem Polizeirevier wird eine Vermißtenmeldung erstattet. Der Beamte fragt den Meldenden, ob er besondere Kennzeichen oder Eigenheiten des Vermißten angeben könne:

„Ja, er trinkt nur Kathreiners Malzkaffee".

Darauf der Beamte: „Aber mein Lieber, den trinken doch Millionen".

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Mädchen

21 Jahre, **sucht Stellung** im bürgerlichen Haushalt.

Angebote unter **L. 7** an den Allg. Anz. Halver.

Baumaterialien

wie

Bonner Portland-Zement, Ziegelsteine, Schwemmsteine, Sackkalk, Rheinsand, Schlackensand, Schmiersand etc.

empfiehlt

Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl.
Tel. 28 Amt Rönsahl.

Gelegenheits Geschenke

empfehle:

Damentaschen, neueste Muster,
Reise-Handtaschen
Aktentaschen
Schultaschen
Brieftaschen
Zigarren-Etuis
Portemonnaies
Schreibmappen
Taschen-Necessaires
Manikür-Garnituren

Wilh. Bell jr.,

Impfung.

Die diesjährigen öffentlichen **Impftermine** finden statt:

in Ehringhausen	am 31. Mai 1926,	9½	Uhr vormittags	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	9½	„ „	Nachschau,
in Bergfeld	am 31. Mai 1926,	12	„ mittags	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	12	„ „	Nachschau,
in Anschlag	am 31. Mai 1926,	12¼	„ „	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	12¼	„ „	Nachschau,
in Schwenke	am 31. Mai 1926,	1½	„ nachmittags	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	1½	„ „	Nachschau,
in Buschhausen	am 31. Mai 1926,	2¼	„ „	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	2¼	„ „	Nachschau,
in Glörfeld	am 31. Mai 1926,	2¾	„ „	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	2¾	„ „	Nachschau,
in Halver	am 31. Mai 1926,	10½	„ vormittags	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	10½	„ „	Nachschau,
in Heesfeld	am 31. Mai 1926,	3½	„ nachmittags	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	3½	„ „	Nachschau,
in Schalksmühle	am 31. Mai 1926,	4½	„ „	Impfung,
	am 7. Juni 1926,	4½	„ „	Nachschau.

Die Impftermine werden in den gleichen Lokalen wie im Vorjahre abgehalten.

Impfpflichtig sind:

1.) jedes Kind, das im Vorjahre geboren ist,
2.) jeder Zögling einer öffentlichen oder privaten Lehranstalt, der in diesem Jahre das zwölfte Lebensjahr zurücklegt.

Die Eltern oder gesetzlichen Vertreter fordere ich hierdurch auf, ihre impfpflichtigen Kinder zu den Impfterminen zu bringen oder vorher den Nachweis zu führen, daß die Impfung erfolgt ist oder aus einem gesetzlichen Grunde vorläufig oder gänzlich unterbleiben darf.

Halver, den 10. Mai 1926.

Der Amtmann.

Ihre Tapete ist hässlich

Sie ist verblichen und schadhaft weil sie schon viel zu lange an der Wand hängt. Inflation und Geldknappheit ließen das Neutapezieren nicht zu.



Sie können aber heute wieder die Rolle

von 15 Pfg. an eine neue TAPETE

kaufen und Ihr Heim erneuern. Sie bringen Freude u. neue Gemütlichkeit damit in die Räume.

Besichtigen Sie ohne Kaufzwang mein großes Lager.

Tapetenhaus „HANSA"
Inh. Max Müller,
Lüdenscheid, Knapperstraße.
3 Minuten vom Bahnhof.

Auswärtige Käufer erhalten Fahrtentschädigung bis zu 10 % des Kaufbetrages.



Freiwillige Feuerwehr Carthausen.

Sonnabend d. 15. Mai abd. 8.15 Uhr

General-Versammlung

bei Ernst vom Berg.

Der Vorstand.



Freiwillige Feuerwehr Neuenhaus.

Sonntag d. 16. M. morg. 7 Uhr

Übung

Das Kommando.

Fast neues, guterhaltenes



Damen-Fahrrad Marke ‚Opel'

billig zu verkaufen.

Wilhelm Diebel,
Kierspe-Bhf.

Spazierstöcke

von den einfachsten bis zu den schönsten Ausführungen empfiehlt

Wilh. Bell jr.,
Halver i. Westf.

Kaiser, Halver
Fachphotograph
liefert
Photographien jeder Art
in bester Ausführung.



Milchtransportkannen

Ia schwere Qualität,

Inhalt	10	15	20 l
mit Stechdeckel RM.	7,50	9,00	11,50
mit Bügelverschluß „	9,00	10,50	13,00

Gegr. 1897 Versand gegen Nachnahme. Tel. 634

E. Bickenbach, Lüdenscheid in Westf. 8.

Reisekörbe

zu haben bei **Wilh. Bell jr., Halver.**

Auf gute Weide

suche noch

2 bis 3 Tiere

gegen Weidelohn.

Wwe. Wilh. Herberg,
Buschhausen, Telef. 9.

Schriftl. Heimarbeit
verg. Vitalis-Verlag,
München S. W. 4.

Erhalte Samstag, den 15. Mai eine Sendung

Ia. Oldenb. Schweine.



Wilh. Faßbender,
Meinerzhagen.
Telefon 85.